

Moskau will in Caracas retten, was zu retten ist

Zita Affentranger

Russland hat in den letzten Jahren mehrere Milliarden in Venezuela investiert. Diese droht es jetzt zu verlieren.



Moskau werde «alles in seiner Macht Stehende tun, um die rechtmässige Regierung von Präsident Maduro zu unterstützen», machte der russische Aussenminister Sergei Lawrow gestern klar. Mit den neuen Sanktionen hätten die USA den «Weg zu einem illegalen Regimewechsel» eingeschlagen. Welche Massnahmen Russland erwägt, liess Lawrow zunächst offen.

Der Kreml dementiert Berichte, wonach Dutzende oder gar Hunderte Söldner nach Venezuela gebracht worden seien, um den persönlichen Schutz von Präsident Nicolás Maduro zu gewährleisten. Dabei soll es sich um Angehörige des Sicherheitsdienstes Wagner handeln, dem primär ehemalige Spezialkräfte der Armee angehören und dem enge Beziehungen zum Kreml nachgesagt werden. Sie kamen bereits in Syrien, der Ukraine und in Afrika zum Einsatz.

Maduro und der russische Präsident Wladimir Putin sind alte Freunde. Bei einem Besuch Anfang Dezember in Moskau schwärmte Maduro, er kämpfe zusammen mit der «Brudernation» Russland für eine «multipolare Welt». Und die drei Tage lange Visite zahlte sich für den Venezolaner aus: Sechs Milliarden Franken hat der Kreml Maduro offenbar versprochen. Zudem wollte Russland in das hungernde Land 600'000 Tonnen Weizen liefern, fast dreimal soviel wie die letzten Jahre.

Kurz nach dem Treffen im Kreml landeten – sehr zum Ärger der USA – zwei russische Überschallbomber in Venezuela, sogenannte Blackjacks, die auch atomar bestückt werden können. Russische Medien behaupteten, das sei erst der Anfang, Maduro und Putin hätten bei ihrem Treffen die Errichtung einer russischen Luftwaffenbasis in Venezuela vereinbart.

Nach ein paar Tagen flogen die Maschinen aber nach Russland zurück, ohne dass neue Bomber auf den Weg geschickt wurden. Ähnliche Besuchsaktionen hatte es schon in den Jahren zuvor gegeben.

«Destruktive Einmischung»

Nun steht es schlecht um den Bruderstaat. Sollte in Venezuela eine neue Riege an die Macht kommen, droht Moskau alles zu verlieren. Denn die Opposition orientiert sich eher an Washington als an Moskau. Putin hat Maduro sofort seine Unterstützung zugesagt. «Die destruktive ausländische Einmischung tritt die Prinzipien des internationalen Rechts mit Füßen», schimpfte Moskau. Die Anerkennung von Juan Guaidó als rechtmässigen Führer des Landes sei ein «direkter Weg zu Gesetzlosigkeit und Blutvergiessen».

Die Freundschaft mit Venezuela mag tief sein in Anbetracht der rund 17 Milliarden Dollar aus Russland, die in den letzten rund 13 Jahren nach Caracas geflossen sind. Besonders alt ist sie aber nicht. Sie begann erst 2005 mit Hugo Chávez. Russland investierte, lieferte Weizen, aber auch Waffen: Kalaschnikows, Suchoi-Kampffjets, Panzer. Zudem kaufte sich der staatliche Konzern Rosneft grossflächig beim venezolanischen Ölgiganten PDVSA ein, den die USA nun mit Sanktionen belegt haben.

Inzwischen ist Russland einer der letzten Freunde, neben den Chinesen natürlich, die in Venezuela gemäss Schätzungen bis zu 70 Milliarden Franken investiert haben – rückzahlbar in Öl. Natürlich will Moskau nun sein Geld retten. Das Finanzministerium erklärte gestern, man erwarte die Rückzahlung in der Höhe von 100 Millionen Franken termingerecht für Ende März.

Zweifelhafte Freunde

Doch der Kreml weiss, dass Wirtschaftsverträge oft nicht mehr viel wert sind, wenn der Wind dreht und die Amerikaner ins Spiel kommen: Im Irak verlor Russland seine Aufträge im Ölbusiness praktisch komplett und musste die Schulden Bagdads abschreiben, um wieder ins Spiel zu kommen. Die Opposition in Venezuela hat bisher keinerlei Zusagen abgegeben, die russischen Wirtschaftsinteressen zu wahren, sollte sie an die Macht kommen. Allerdings wäre es nicht das erste Mal, dass Putin Milliarden an einen zweifelhaften Freund verliert. In Libyen hatte der russische Gasgigant Gazprom mit dem Sturz von Muammar al-Ghadhafi 2011 eine Milliarde Franken verloren, in den ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch investierte der Kreml Tage vor seinem Fall drei Milliarden an Krediten.

Putin ist also bereit, für sein geostrategisches Kalkül zu bezahlen. Den Russen hat an Maduro vor allem dessen konsequenter Antiamerikanismus gefallen. Solche Länder hofiert Putin gerne. Wenn Maduro fällt, wäre dies ein schwerer Rückschlag: Neben dem Geld würde Moskau seinen Partner in Südamerika verlieren und die Region fast ganz den USA überlassen.